

6.

Es muß aber jener um sich greifenden Verzerrung der Wirklichkeit widersprochen werden, als wäre es der Staatssicherheit möglich gewesen, alles in den Gruppen und Kirchen zu lenken.

Die große Zahl von Menschen, die sich von der Staatssicherheit nicht mißbrauchen und erpressen ließen, steht dagegen.

Die Staatssicherheit hat in der Regel nur reagieren können; sie hat vieles verhindert, aber ihr Ziel nicht erreicht. Die Denunzianten waren weder in den Kirchen noch in den Gruppen die alles bestimmenden, entscheidenden Faktoren - selbst dort nicht, wo sie als scheinbare Vertrauenspersonen mitten unter uns saßen.

Sie waren und sind in der Regel gespaltene und gebrochene Menschen. Sie sind, religiös gesprochen, falschen Göttern gefolgt: der eigenen Angst, dem eigenen Wahn, dem eigenen Machtrausch, der eigenen Besitzgier. Mit anderer Sprache: sie haben gegen ihr eigenes Menschsein gehandelt, ihre Identität zerbrochen, sich und anderen die Vertrauensgrundlage des Lebens zerstört.

7.

Es kann nicht akzeptiert werden, daß Menschen, die bewußt für die Staatssicherheit gearbeitet haben, jetzt das Recht zugestanden wird - wenn sie nicht ihre eigene Geschichte, ihre Irrwege und Verfehlungen aufarbeiten -, als Vertrauenspersonen von Menschen tätig zu sein: sei es als SeelsorgerIn, als PfarrerIn, als RechtsanwältIn, als LehrerIn, als ProfessorIn, als RichterIn oder als PolitikerIn.

Die Schritte der Versöhnung sind verbunden mit der Aufarbeitung von Schuld, Vertrauensbruch und Denunziation. Versöhnung bringt ein neues, von der Vergangenheit befreites Leben, aber ist damit verbunden, daß wir wie Petrus und Paulus von den eigenen Irrwegen und der eigenen Schämlichkeit sprechen.

8.

Wir fragen nach der Vergangenheit, aber wir sind von ihr nicht gefangen und benennen Skandale der Gegenwart: die Arbeitslosigkeit als Folge katastrophaler Wirtschaftspolitik; die Ängste vor Mieterhöhungen und Obdachlosigkeit als Folge sozialer Ungerechtigkeiten; Verunsicherung und Verängstigung von Menschen durch die vielfältigen Folgen eines von uns als anachronistisch bewerteten Eigentumsverhältnisses; die demagogisch geführte Debatte um das Asylrecht, als ob die asylsuchenden Ausländer die Ursache der